

Be - 9. Mai 68 15

RRF/ma

Den 8. Mai 1968

p. A. 42. 11. 26 64/66

p. B. 73. A. 0.

N o t i z

für Herrn Botschafter MicheliWas wollen die "progressiven" Studenten?

Kommentar zu einer Veranstaltung des FSZ in Zürich

Die Fortschrittliche Studentenschaft Zürich (FSZ, ca. 50 Mitglieder; die beiden Zürcher Hochschulen zählen rund 13'000 Studenten) veranstaltete am 26. April einen öffentlichen Vortragsabend, zu dem ursprünglich Rudi Dutschke eingeladen worden war. An seiner Stelle sprachen die Deutschen Bernhard Achterberg (Kiel) und Günter Amendt (Frankfurt), sowie der Chilene und Dutschke-Intimus Gaston Salvatore (Berlin), alle drei Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS, ca. 2'500 eingeschriebene Mitglieder; die deutschen Hochschulen zählen über 300'000 Studenten). Ueber den im grossen und ganzen ruhigen Verlauf des Abends hat die Schweizer Presse ausgiebig berichtet (cf. Bericht der NZZ vom 29. April, Morgenausgabe, in der Beilage). Festgehalten sei hier bloss, dass weit über 1'000 Personen anwesend waren. Diese verhielten sich gegenüber den Thesen der SDS- und FSZ-Leute prinzipiell mehrheitlich ablehnend oder jedenfalls indifferent, spendeten aber verschiedenen Aeusserungen - namentlich Angriffen gegen die "faschistoide" Bonner-Regierung und deren Chef - doch starken Beifall.

Im folgenden seien Stellung und einige Hauptthesen und -ziele des SDS dargestellt; der FSZ, der hauptsächlich von Deutschen geführt wird, scheint sich mit diesen Thesen weitgehend zu identifizieren.



- 2 -

1) Der SDS wurde 1946 als studentische Jugendorganisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) gegründet. Als sich die SPD jedoch nach rechts "öffnete" und der CDU/CSU anzunähern begann, der SDS aber auf den alten klassenkämpferischen Ideen beharrte und zum Teil neomarxistische Gedankengänge zu entwickeln versuchte, kam es 1960 zwischen SPD und SDS zum Bruch. Mit dem "Unvereinbarkeitsbeschluss", gemäss welchem niemand gleichzeitig Mitglied der SPD und des SDS sein kann, "hatte die Partei zwar für 'saubere Fronten' gesorgt, parallel dazu aber auch jene Isolierung und Diffamierung der radikal linksstehenden Studenten eingeleitet, die sich heute als so folgenreicher erweist und massgeblich zum Entstehen einer ausser-, ja teilweise schon anti-parlamentarischen Opposition beigetragen hat" (Peter Meier, Tagesanzeiger). Hinzukommt, dass die kommunistische Partei in der BRD verboten ist, weshalb es dem SDS ohne viel Mühe gelang, sich zum Wortführer der Linksextremen zu machen.

2) Der SDS besitzt keine einheitliche Ideologie. Seine Mitglieder entlehnen ihre Theorien bei Marx, Engels, Lenin, Rosa Luxemburg, Hilferding, beim Deutsch-Amerikaner Marcuse (cf. unten, Siff. 3) und neuestens beim Franzosen Gros, der unlängst eine Arbeit über die "Strategie der Arbeiterschaft im Neokolonialismus" geschrieben hat. K.D. Wolff, Vorsitzender des SDS, erklärte im "Wende" (24.4.68):

"Le SDS, d'abord organisation des étudiants sociaux-démocrates, a toujours développé une idéologie marxiste au sein du parti. En 1959 lorsque le SPD a présenté ses fameuses "thèses réformistes" ... le SDS s'est fait plus radical."

Die marxistisch-leninistischen Klassiker werden von den SDS-Leuten indessen meist kritisch und oft auch nur eklektisch gelesen. Marxistische Dogmatiker treffen in der Linken auf Hohn (Dennich, Frankfurter Allgemeine Zeitung).

- 3 -

Generell gesehen stehen sich heute im SDS ein "orthodoxes" Lager (Bonn, Köln), das mit der verbotenen kommunistischen Partei zusammenarbeitet und das Parlament von innen her revolutionär umgestalten möchte, sowie ein "anti-autoritäres" Lager gegenüber, das seine Kritik auch auf das "Etabliement" im Osten (USSR, DDR) erstreckt und seine Ideale wenigstens teilweise im China Mao Tse-tung, in Nordvietnam und in Cuba verwirklicht sieht. Zur letzteren Richtung, die allerdings in verschiedenen Schattierungen auftritt, gehören die SDS-Redner in Zürich, sowie - aus ihren Reaktionen zu schliessen - die führenden Mitglieder des PSE.

1965 ging der SDS von theoretischen Analysen zur Praxis von Demonstrationen über, wobei er sich heute namentlich der von der Bürgerrechtsbewegung und der Studentenrebellion in den USA entwickelten Methoden des Go-in, Sit-in und Teach-in, des Boykotts und des Streiks bedient.

3) Hauptinspirator der "Anti-Autoritären" ist der bereits genannte Professor Herbert Marcuse. Marcuse wurde 1898 in Berlin geboren und wanderte 1932 nach den USA aus. Als Professor für Philosophie an der Universität Kalifornien wirkte er während einiger Zeit auch als Gastdozent in Berlin. Von seinen Hauptwerken sind auf deutsch erschienen: 1966 "Repressive Toleranz", 1967 "Der eindimensionale Mensch". Gegenstand von Marcuses Gesellschaftskritik sind die fortgeschrittenen Industriegesellschaften, speziell die amerikanische. Er fordert die Umwandlung der "autoritären Industriegesellschaft" in eine "reife und freie Gesellschaft". Seine Gedankengänge, die als neomarxistisch bezeichnet werden können, seien hier an einem charakteristischen Beispiel illustriert: Die Technik ist nach der Meinung Marcuses ein politisches Herrschaftsmittel, das dazu dient, neue und unauffällige Formen sozialer Kontrolle und sozialen Zusammenhalts einzuführen. Mit

- 4 -

ihrer Hilfe werden den Menschen materielle und geistige Bedürfnisse eingepflanz, welche die veralteten Notwendigkeiten des Kampfes ums Dasein verewigen. Es handelt sich somit um falsche, "repressive", die Befreiung zum autonomen Individuum hemmende Bedürfnisse. Wie aber kann der "von der Technik unterdrückte und vergewaltigte Mensch" seine Freiheit finden? Nach Marcuse ist dies nur in der "reinen Negation" möglich. Die Selbstbestimmung, die von wirksamer sozialer Kontrolle über die Produktion und die Verteilung lebensnotwendiger Güter abhängt, kann nach ihm nur in den Massen real sein, wie die Massen in Individuen aufgelöst worden sind, befreit von aller Propaganda, Schulung und Manipulation, fähig, die Tatsachen zu begreifen und die Alternativen einzuschätzen (Gehrlich, FAZ). An diesen Gedankengängen wird das Negative, Vage und Utopische sichtbar, das bei Marcuse vorherrscht. In einer Berliner-Vorlesung im letzten Sommer wehrte er sich gegen die Behauptung, seine "reine Negation" sei irgend ein Nihilismus, unter anderem mit folgenden Worten: "Das ist alles negativ formuliert; aber man muss schon ein Vollidiot sein, um nicht zu sehen, dass in der negativen Formulierung bereits das Positive steckt. Wenn ich es mir erlaube, wenigstens eine Minute diese Frage auch auf Berlin zu spezifizieren, so würde ich heute wahrscheinlich sagen, wenn ich gefragt würde: Was wollt ihr denn? Wir wollen hier Zustände, in denen es keine Schahbesuche mehr gibt. In Persien ist die Antwort auf die Frage noch leichter: Wir wollen Zustände, in denen es keinen Schah mehr gibt ..." (cf. auch Dutschke-Interview, in der Beilage)

4) In Zürich kamen Marcuse'sche Ideologie und Terminologie beinahe in jedem Satz zum Ausdruck. Bereits zu Beginn verkündeten die Veranstalter, die Aula magna sei ihnen von den Universitätsbehörden offenbar aus "repressiven" Gründen nicht zur Verfügung gestellt worden. Die SDS-Redner bekannten sich nicht nur als Anführer der ausserparlamentarischen Opposition, sondern als "antiparlamentarische" Kerntruppe: Der Parlamentarismus in seiner

- 5 -

heutigen Form sei Theater und müsse abgeschafft werden. Die eigentliche Macht im Staate werde von den "Zulieferanten" der Regierung, den Wirtschaftskapitänen, ausgeübt. Regierung, Wirtschaft und Presse (Springer) bildeten ein System, das die Massen manipulierte, so dass diese "unterprivilegiert" blieben. Es gelte, das Problembewusstsein aller sozialen Schichten zu wecken. Der SDS strebe eine Art "Räte-demokratie" an, d.h. die Organisation der "Lohnabhängigen" in den Fabriken und Büros, die es ihnen erlaube, ein Leben "ohne Repression und entfremdete Arbeit" zu führen. Die Universität sei von der "totalen Verschulung" zu befreien. Gefordert werden deshalb: Die Durchsetzung eines "politischen Wissenschaftsbegriffes", wodurch die Universitäten wieder in eine stärkere Beziehung zum Ganzen der Gesellschaft gebracht werden; die grundsätzliche Infragestellung der gegenwärtig gültigen gesellschaftlichen Normen, insbesondere auch der Sexualtabus; die Anerkennung des Studierens als eine notwendige Arbeit, mit dem Anspruch auf Bezahlung ("Studienhonorar") und auf Selbstbestimmung der Lebensverhältnisse durch die Studenten; die Demokratisierung der Herrschaftsverhältnisse an der Universität, wobei die "Drittelsparität" (in allen entscheidenden Hochschul-gremien sollen Studenten, Assistenten und Dozenten mit Sitz und Stimme zu je einem Drittel vertreten sein) nur als möglicher Ansatz einer grundsätzlichen Strukturreform der Universitäten anzusehen sei. Bei all dem müsse der SDS Avant-garde bleiben; er dürfe sich nicht in das System integrieren lassen und auch nicht mit andern Gruppen paktieren, weil er sonst an Stoeskraft verlieren würde. Die Gewaltanwendung der Studenten "gegen Sachen" sei legitim, weil sie stets Gegengewalt gegen die Gewalt der Behörden gewesen sei, usw.

5) In der anschliessenden kurzen Diskussion zeigte sich den SDS- und SPZ-Theoretikern kein Redner einigermaßen gewachsen.

- 6 -

Insbesondere fiel auf, dass den Gegnern Ideologie und Terminologie der "Progressiven" fremd sind. Die Aufforderung, zuerst Kritik an der DDR und der UdSSR zu üben, fruchtete wenig, denn die SDS- und FPZ-Leute waren ohne weiteres bereit, die "Bürokratisierung" bzw. das "Establishment" auch dieser beiden Staaten zu kritisieren - verschiedene Mitglieder der SDS, unter anderem auch Dutschke, stammen aus der DDR -. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel sei nur ein Ansatz zu einer positiven Entwicklung; Ziel bleibe aber die "Vergesellschaftung" der Produktionsmittel in einem Räteystem. Die Kulturrevolution in China sei als entscheidender Schritt zur "Bewusstseinsbildung der Massen" zu bewerten; sie "verhindere das, was in der UdSSR geschah." Alles in allem zeigten sich die SDS- und FPZ-Leute sehr diskussionsfreudig.

6) Abschliessend ist zu bemerken, dass der SDS in verschiedenen Belangen nicht so isoliert dasteht, wie man dies ^{an}gemeinhin nehmen könnte. An der 20. Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), des Dachverband aller westdeutschen und Westberliner Studentenschaften, wurden Beschlüsse gefasst, die weitgehend unter das Kapitel "ausserparlamentarische Opposition" einzureihen sind: Eine scharfe Verurteilung des (amerikanischen) Vietnamkrieges, die Forderung auf Anerkennung der DDR (einmütig, bei 31 Enthaltungen) usw. Zu den Hochschulforderungen des VDS schreibt der heutige Vorsitzende, Ehmann: "Diese demokratisch legitimierten Studentenvertreter ...
... legten Vorschläge zur Hochschulreform vor, die fünf Jahre später der Wissenschaftsrat als letzte Weisheiten verkündete und die nun - zwei weitere Jahre darauf - auch langsam ins Bewusstsein des Bundeskanzlers vordringen. Nur ist eben das, was 1961 richtig war, 1968 bereits überholt und daher - gemessen an der fortgeschrittenen gesellschaftlichen und hochschulpolitischen Situation - heute nicht nur unbefriedigend, sondern falsch." Die deutsche Studentenschaft und die deutschen Universitäten, so erklärt Ehmann weiter, hätten während der Weimarer Republik nicht unwesentlich

- 7 -

dazu beitragen, dass ein faschistischer Staat deren Erbe antreten konnte. Aus dieser selbstkritischen Erkenntnis heraus seien die heutigen Studenten und ihre gewählten Vertreter bemüht, eine ähnliche Entwicklung zu vermeiden; sie kämpften mit allen Mitteln gegen die Kräfte, die verhindern, dass der deutsche Staat eine Demokratie werde (Welt, 15. März 1968). Sowohl gewisse aussen- und innenpolitische Thesen als auch Vorschläge, Anregungen und Ideen, die der SDS 1965/66 in einer Denkschrift unter dem Titel "Hochschule und Demokratie" auf dem Bildungs- und hochschulpolitischen Gebiet ausgearbeitet hatte, sind heute somit Allgemeingut der westdeutschen Studentenschaft geworden; dies gilt namentlich auch für die sogenannte "Drittelparität", die sich der VDS zu eigen gemacht hat.

In der Schweiz scheinen die Dinge anders zu liegen. Der SFZ und das "Forum politicum" in Bern sind vom "antiautoritären" Lager des SDS inspiriert, finden aber mit ihrer revolutionären und utopischen Phraseologie offenbar wenig Anklang. Zwar besitzen sie in Max Frisch (cf. "Demokratie ohne Opposition?", in Weltwoche vom 11. April 1968) einen Sympathisanten von Rang, und von der PDA, namentlich von deren Jugendorganisation, werden sie eifrig unworben; der unverkennbare Einfluss "von draussen" hat ihnen aber andererseits bereits den Titel "roter Frontismus" (Landbote) eingetragen.

Birrer

Kopien z.K. an:

- Herrn Botschafter Thalmann
- Herrn Dr. Miesch
- Herrn Natural
- Herrn Fürsprecher Jaeggi
- Schweizerische Botschaft in Köln
- Herrn M. Pauli, BA

Be 9. Mai 68

SDS-Ideologen in der Universität Zürich

vor. Am Freitag abend hat die Fortschrittliche Studentenschaft Zürich (FSZ), den als Auftakt zu einem Seminar über Fragen der Hochschulreform angekündigten Vortragsabend abgehalten, zu dem sie ursprünglich Rudi Dutschke eingeladen hatte. Die Veranstaltung, an der rund tausend Personen teilnahmen, verlief ohne nennenswerten Zwischenfall, abgesehen vom Gedränge, das anfänglich herrschte, weil sich der Hörsaal 101 der Universität als viel zu klein erwies. Auch die Aula, deren Benützung den Studenten von Erziehungsdirektor König verweigert worden war mit der Begründung, sie sei für festliche Anlässe reserviert, hätte dem Andrang bei weitem nicht genügt. Eine Zeitlang sah es so aus, als ob der geordnete Verlauf durch den Mangel an einem geeigneten Raum in Frage gestellt würde. Die Situation wurde dadurch gerettet, daß der Hauswart im Einverständnis mit einem Mitglied der Regierung die Zugänge zum Lichthof öffnete.

Insgesamt sprachen fünf Redner, die drei Deutschen Bernhard Achterberg (Kiel), Gaston Salvatore (Berlin) und Günter Amendt (Frankfurt) sowie Roland Hammer vom Forum Politicum in Bern und Thomas Held, Vorstandsmitglied der FSZ. Nach dem Beifall und den Buh-Rufen zu schließen, setzte sich das Auditorium, grob geschätzt, zu je einem Viertel aus Anhängern und Gegnern der «Progressiven» zusammen, während etwa die Hälfte aus nicht engagierten Zuhörern bestand, die den Ausführungen mehr oder weniger kritisch folgten. Anwesend war auch die PdA-Prominenz, die mit Hilfe der Fortschrittlichen Studentenschaft aus ihrer Isolierung herauszukommen hofft, ferner der ganze Kreis um die Dienstpflichtverweigerer, die Atombombengegner und die vielen weiteren kleinen Gruppen der extremen Linken. Der überwiegende Teil des Publikums jedoch bestand aus Studenten. Ihre Reaktion ließ keine Zweifel darüber aufkommen, daß nur eine kleine Minderheit mit dem SDS sympathisiert, ohne daß die Redner durch Zwischenrufe ernstlich daran gehindert worden wären, ihre über weite Strecken extremistischen Gedanken vorzutragen. Zum geordneten Verlauf der Veranstaltung hat der Versammlungsleiter beigetragen, indem er das Publikum wiederholt zu disziplinierten Verhalten aufrief.

«Hochschulreform und Hochschulrevolte»

Ueber das Thema «Hochschulreform und Hochschulrevolte» sprach Bernhard Achterberg. Er ging davon aus, daß der SDS während Jahren vergeblich versucht habe, durch konkrete Vorschläge zu einer Reform der Hochschule beizutragen, und daß es erst zur Revolte gekommen sei, als er damit kein Gehör fand. Die deutschen Behörden, einschließlich des Wissenschaftsrates, sprächen wohl von der Dringlichkeit der Hochschulreform, unternähmen indessen nichts, um die unerlässlichen Strukturänderungen einzuleiten, sondern tendierten heute mehr denn je zu einer totalen Verschulung der Universität. Er wiederholte die bekannten Forderungen des SDS und erwähnte dabei unter anderem die Einführung des Studienhonorars, die Beteiligung der Studenten an der Leitung der Hochschule im Sinne der Drittelparität und die Durchsetzung eines politischen Wissenschaftsbegriffes, der künftig verhindern soll, daß eine entpolitisierte Hochschule, wie das 1933 der Fall gewesen sei, zur kritiklosen Dien erin des Faschismus werden könne. An gewisse Schwächen und ungelöste Probleme der Bundesrepublik anknüpfend, entwarf er ein Zerrbild des westdeutschen Staates, in dem angeblich die vereinigte Macht von Wirtschaft, Presse und Behörden eine befriedigende Hochschulreform verhindert.

«Intelligenz und Revolution»

Ueber «Intelligenz und Revolution» versuchte Gaston Salvatore seine Zürcher Zuhörer aufzuklären. Ob er dieses Ziel erreicht hat, ist allerdings mehr als fraglich. Seine Kaskaden von Schachtelsätzen, vollgepackt mit soziologischen Begriffen und Schlagwörtern, eigneten sich schlecht für den mündlichen Vortrag. Das Publikum empfand sie offensichtlich als ermüdend; weniger mit Buhrufen als mit dem Ende forderndem Beifall, der die Lautsprecher übertönte, zwang es den Referenten, sich kürzer zu fassen. Zur Förderung des «kritischen Bewußtseins» unter den Zürcher Studenten dürfte Salvatore nicht eben viel beigetragen haben, doch hinterließ er keine Zweifel darüber, daß seine Vorstellungen vorwiegend marxistisch-kommunistisch geprägt sind, mit einem stark utopischen Einschlag. In der von ihm anvisierten «Räterepublik» soll der Mensch ein Leben «ohne Repression und entfremdete Arbeit» führen können.

«Der SDS als Teil der außerparlamentarischen Opposition»

Als unvergleichlich besserer Redner erwies sich Günter Amendt, dessen Anrede Genossen, Genossinnen mit kräftigen Buh-Rufen quittiert wurde. Sein Referat vermittelte ein deutliches Bild von den Zielen, die zurzeit im SDS verfochten werden, wobei man allerdings in Rechnung stellen muß, daß diese Gruppe in sich keineswegs homogen ist. Die Ankündigung allerdings, daß die Schweizer manches über die Ereignisse in der Bundesrepublik erfahren sollten, was ihnen die «manipulierte Presse» vorenthalte, blieb ein leeres Versprechen. Nach Amendt beruht das politische Engagement des SDS auf der Einsicht, daß Parlament und Parlamentarismus in der Bundesrepublik versagt haben und keine Partei mehr da ist, welche die Interessen der lohnabhängigen Massen vertritt. Heute besteht innerhalb der außerparlamentarischen Opposition eine antiparlamentarische Gruppe, die das Ziel hat, die Massen wegzuführen

von ihrer Fixierung auf das Parlament. Die Menschen sollen ihr Geschick am Arbeitsort in ihre Hände nehmen und dort am Entscheidungsprozeß teilhaben, wobei es denkbar wäre, später das Parlament als «Räteparlament» wieder einzuführen. Ziel ist eine Art Ständestaat.

Zur Situation in Deutschland übergehend, behauptete Amendt, daß sich in dem Land, wo sechs Millionen Juden umgebracht worden sind, die gesellschaftliche Struktur seit 1945 nicht verändert habe. Heute nun spreche man von «Schnellverfahren» gegen die «Rädelführer» der Studentenrevolte und von «Vorbeugungshaft», und die Springer-Pressen habe zu Pogromen gegenüber den Studenten aufgerufen. Damit wurden einzelne Manifestationen einer nicht unbedenklichen Geisteshaltung mit demagogischem Geschick zu einer angeblich akuten allgemeinen Gefahr hochgespielt, neben der das, was an demokratischem Aufbau effektiv geleistet worden ist, geflissentlich übergangen wird — bei gleichzeitiger Bagatelisierung der kommunistischen Unterdrückung im Osten, die hingestellt wird als Betriebsunfall, als bedauerliche Folge der Bürokratisierung, die sich durch die Kulturrevolution nach Maos Rezept vermeiden ließe.

Antiautoritäres aus Bern

Nach dem redogewandten Frankfurter wirkte der Berner Roland Hammer beinahe treuhäufig. Er beklagte sich darüber, daß an der Universität Bern die Diskussion verhindert werde, teils durch behördliche Einschüchterungsversuche, teils durch eine «Umklammerungstaktik», die etwa darin zum Ausdruck komme, daß der Rektor alle Leiter von studentischen Gruppen zum Kalten Buffet eingeladen hat... Noch hätten die Schweizer Studenten das richtige Bewußtsein nicht, aber die «Progressiven» hätten die Initiative an sich gerissen, und in einigen Jahren würden sie mit Hilfe der Provokation, die sich als einzig möglicher und nützlicher Weg erweise, in ihrem Kampf dorthin kommen, wo heute die deutschen Kommilitonen stehen. Mit dieser Prognose erweckte Hammer etwelche Heiterkeit.

«Viele kleine Springer»

Thomas Held zog gegen die nur angeblich vielgestaltige Schweizer Presse vom Leder. Wir hätten, so versicherte er, zwar keinen Springer, aber viele kleine gleichgeschaltete Springer. Eine willkommene und leicht zu treffende Zielscheibe bot ihm ein anfangs letzter Woche veröffentlichtes Communiqué des Gewerblichen Pressedienstes. Besonders scharf ging der FSZ-Redner diesmal mit der «Tat» und damit mit dem Landesring als Pseudo-Opposition ins Gericht. Den kürzlich unter dem Titel «Klassenkampf an der Hochschule?» in der «NZZ» erschienenen Artikel von Prof. Karl Schmid bezeichnete er als einen Höhepunkt der «Kampagne» gegen die Hochschulreform, da der Verfasser die Universität als Bildungsfabrik sehen wolle. Der Versuchung zum demagogischen Spiel erlag der Redner vollends, als er die Gefährdung des Hochschulausbaus durch Verärgerung der Stimmbürger jenen Kreisen in die Schuhe schob, welche die Mittel für den Hochschulausbau nicht aufbringen wollten und nun in den «Progressiven» Studenten einen willkommenen Sündenbock gefunden hätten. «Wir sind der Feind dieses Systems!» lautete der rednerisch effektvolle Schluß.

Die auch kritische Stimmen verzeichnende Diskussion im Lichthof der Universität blieb kurz, da auf Wunsch des Abwärts die Veranstaltung um 23 Uhr geschlossen wurde. Ein Teil des Publikums begab sich darauf zur Fortsetzung des Gesprächs zu der beim Bellevue gelegenen Treppe über der Limmat, die bei Schülern und Studenten als «Riviera» bekannt ist. Dieser erste Akt des Nachspiels dauerte bis ein Uhr nachts.

Eine «Demonstration» mit Napalm

Ihr zweite begann, am selben Ort, am Samstag nachmittag um 16 Uhr 30. Ueber elektrische Megaphone wurden die Stammkundschaft solcher Veranstaltungen und einige Passanten über die Wirkung von Napalm «informiert». Dann zog man hinüber zur Bürkli-Anlage, mit Vietcong-Fahnen, Bildern, die einen von Verbrennungen entsetzlich zugerichteten Menschen zeigten, und Spruchbändern, auf denen «Dow verbrennt Kinder» zu lesen war. Auf einer der Rampen, die vom Bürkliplatz direkt zum See hinunterführt, wurde im Sinne einer «Demonstration» Napalm angezündet, dann formierte sich der zweihundert Personen zählende Umzug neu und begab sich zum europäischen Sitz der Firma Dow an der Alfred Escher-Straße. Wie schon vor einigen Wochen bei einer ähnlichen Demonstration rückte die Gruppe in «Kampfformation» vor, wobei sie «Ho, Ho, Ho Chi Minh» skandierte. Doch diesmal hatte die Stadtpolizei die Straße mit einem starken Aufgebot abgesperrt. Die Demonstranten begnügten sich damit, der Polizei ihre Gründe zu «erklären», gegen die «einseitige Berichterstattung» durch das Radio und die Schweizerische Depeschagentur zu protestieren (wobei sie für den Fall der Nichtbesetzung «schärfere Demonstrationen» in Aussicht stellten) und eine am Bürkliplatz angerüstete Puppe aus Drahtgeflecht vor dem Eingang des Dow-Gebäudes niederzulegen. Die entschlossene Haltung der Polizei und der stärker einsetzende Regen erleichterten ihnen den Entschluß, das Feld zu räumen.